



AMBASSADE DE SUISSE
À CUBA

LA HAVANE, le 26. April 1971

Apartado 3328
Tél. 2-6452
Télégr. AMBASUISSE

Réf.: 381.1 - HU/ae *mlh*

VERTRAULICH

Politischer Bericht Nr. 3

an						a/a
Datum						4 MAI 1971
Visa						<i>Pr</i>
EPD		-4 MAI 1971				
Ref p.A. 71.3 ¹		<i>La Havane</i>				

19. April 1971: 10. Jahrestag der missglückten Invasion in der Schweinebucht

Fidel Castro und die zwei Amerikas

1. Ueber Kuba heisst es im Bericht des Weissen Hauses an den Kongress über die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten vom 25. Februar dieses Jahres wie folgt:

"Die Gärung in dieser Weltgegend verschafft Gelegenheit zur Einmischung. Kuba schliesst sich fortgesetzt vom interamerikanischen System aus durch die Förderung und Unterstützung revolutionärer Aktivität und die militärische Bindung an die Sowjetunion. Diese hat inzwischen weiterhin versucht, ihren Einfluss und ihre militärische Präsenz zu erweitern.

Wir suchen keine Konfrontation mit irgendeiner Regierung. Aber diejenigen unter ihnen, die eine stete Feindschaft zeigen, können nicht auf unsere Hilfe zählen. Und diejenigen, die die Prinzipien des interamerikanischen Systems verletzen durch Einmischung in die Angelegenheiten von Nachbarländern oder indem sie die Intervention von nicht-hemisphärischen Mächten ermöglichen, können nicht erwarten, die Vorteile der interamerikanischen Zusammenarbeit zu teilen. Wir werden mit andern Mitgliedern der Gemeinschaft in konstruktiver Weise * arbeiten, um die auflösende Wirkung solcher Handlungen zu vermindern."

Dieser Passus ist kaum etwas anderes als die Anwendung des Denkmodells der Monroe Doktrin auf die Beziehungen zu Kuba. Am 16. April bestätigte Präsident Nixon diese Haltung in einem

*zusammen-

Fernseh-Interview und führte ergänzend aus, er sehe keine Möglichkeit zur Normalisierung der Beziehungen mit Kuba, solange dieses Land seine antiamerikanische Politik nicht ändere.

2. Am 17. April, einen Tag nach dem Kommentar Präsident Nixons begann das offizielle Kuba mit den Feiern zur zehnten Wiederkehr der Geschehnisse in der Schweinebucht (Playa Girón). Bekanntlich versuchte in jenen Tagen des Jahres 1961 eine Gruppe von Exil-Kubanern auf der Insel Fuss zu fassen und Castro zu stürzen. Es ist kein Geheimnis, dass die Vorbereitung der Aktion und das Training der Infiltranten unter amerikanischer Aegide - genauer des CIA - in Florida und Guatemala vor sich ging.

Am 19. April sprach Fidel Castro in einem Saal Havannas vor Vertretern der Partei, der Regierung, der Armee und ausländischen Gästen. Dem amerikanischen Präsidenten erteilte er folgende Antwort:

"...Nun gut: Welches war und welches kann die Haltung Kubas in dieser Lage sein?

Kuba hält an seiner Linie fest wie immer; die Linie der Sierra Maestra, die von Girón, die stets eingehaltene, die Linie der Ersten Erklärung von Havanna und die der Zweiten Erklärung von Havanna. Kuba hält an seiner Linie der Unterstützung revolutionärer Regierungen und der Unterstützung revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika fest.

Die Imperialisten möchten logischerweise Kuba befrieden, beruhigen, zähmen, neutralisieren. Daran ist natürlich nicht im Traum zu denken. Sollten sie jemals davon geträumt haben, so war es ein schlechter Traum; sie sollten nicht einmal im Traum an so etwas denken. Denn die Unerschütterlichkeit der Prinzipien und die revolutionäre Standhaftigkeit gehören ebenfalls zur Tradition unseres Volkes.

...Daher haben die Amerikaner - Amerikaner ist schlecht ausgedrückt, denn, wie wir schon sagten, ist diese Bezeichnung nicht nur für sie allein reserviert - die Yankees (und wenn wir Yankees sagen, meinen wir Imperialisten) haben überhaupt weder ein Recht noch eine Basis, um auch nur im Traum an irgendwelche Art von Normalisierung der Beziehungen mit Kuba oder der Versöhnung mit Kuba zu denken".

Fidel Castro gab in seiner Rede unter anderem Folgendes zu verstehen:

Er werde unter den gegenwärtigen Umständen keine Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu den USA unternehmen.

Er wolle weiterhin die revolutionären Regierungen und Bewegungen in Lateinamerika unterstützen.

Er bitte nicht um die Aufnahme in die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), sondern schlage im Gegenteil vor, sie durch eine Union der Staaten Lateinamerikas zu ersetzen.

Kuba sucht als Abwehr gegen den - wie Castro sagt - "intellektuellen Kolonialismus" aus den westlichen Kapitalen seine eigene kulturelle Identität im Rahmen der "überlegenen Kultur Lateinamerikas" wieder zu finden. Als Quellen der Inspiration nennt Fidel Castro gleichberechtigt Marx und José Martí, den kubanischen George Washington, dessen Einfluss als politischer Denker freilich die Grenzen Kubas gesprengt hat.

Das von den Vereinigten Staaten und der OAS diktierte Embargo gegen Kuba schmerzt; es verursacht der kubanischen Wirtschaft grossen Schaden und zwingt sie zu einer Reihe kostspieliger Ersatzlösungen.

Fidel Castro bestätigt den "sozialistischen Charakter" des von ihm nach 1961 eingeschlagenen Weges; er anerkennt wohl, dass die sowjetischen Waffen zum Sieg an der Playa Girón beitrugen, zitiert aber im übrigen während der ganzen langen Rede die Sowjetunion kaum je als Beispiel.

Castros Kuba will Kuba sein, marxistisch-materialistisch, aber kein Anhängsel der Sowjetunion.

3. Fidel Castro hat seine Ansprache, soweit sich das auf dem Bildschirm des Fernsehens beobachten liess, frei gehalten.

Sie gibt so einen Einblick in die persönliche Ueberzeugung, die seiner Amerika-Politik zugrunde liegt.

Der kubanische Regierungschef hat bestätigt, dass er an keinen Canossagang nach Washington denke.

Er hat einmal mehr das Schild des "reinen Revolutionärs" hochgehalten, der ohne Furcht und Zagen den bösen Starken zu provozieren wagt. Diese Haltung hat insofern Symbolwert erlangt, als sie seit den Tagen des von Che Guevara und Castro geleiteten Guerillakampfes die Einbildungskraft vieler Vertreter der jungen Generation beschäftigt, denen die Spannung zwischen politischer Utopie und den Problemen des Alltags noch kaum in ihrer ganzen Realistik bewusst ist.

Die zum Teil sordiden Geschehnisse der kubanischen Revolution und der in Erwartung eines Bessern prekäre Zustand der Lebensbedingungen werden im Lichte grösserer Distanz ihre Dimensionen finden. Castro selbst hat bekanntlich seiner berühmten Verteidigungsrede aus dem Jahre 1953 den Titel gegeben: "Die Geschichte wird mich freisprechen".

Castros Stärke liegt vor allem in seiner oft visionären Schau. Es ist bekannt, dass er das Werk Simón Bolívars gründlich studiert hat. Der Ruf nach einer lateinamerikanischen Union als Gegenstück zu den USA und Ersatz der OAS scheint in seinem ganzen irrealistischen Hochflug durch das Gedankengut des lateinamerikanischen Freiheitshelden inspiriert zu sein. Allerdings muss Fidel Castro auf der Hut sein, dass ihn nicht der gleiche Vorwurf trifft, "er schaffe seine Pläne für Völker, die sie nicht verstehen und sich kaum dafür interessieren".

Fidel Castro kreidet den USA alle möglichen historischen Hypothesen an (Einmischung, das Platt Amendment von 1901, das Kuba de facto zu einem nordamerikanischen Protektorat machte, Guantanamo, die amerikanische Flottenbasis auf kubanischem Boden, etc.), ohne aber den Namen der Monroe Doktrin ins Gefecht zu

bringen. Was er vor sich sieht, ist eine Castro Doktrin, das heisst Lateinamerika ohne und gegen die USA.

Er kann aber nicht ausser acht lassen, dass das Misstrauen, das er durch seine Politik in den lateinamerikanischen Kapitalen sähte, kaum überall von heute auf morgen verschwindet. Bis jetzt kann sich Washington nämlich immer noch auf die OAS und ihre Resolutionen gegen Kuba berufen. In der Tat hat Castro noch zu wenig Freunde auf dem von ihm umworbenen Kontinent.

4. Soweit zu Castros farbenreicher Beredsamkeit. Auf der Ebene der alltäglichen Beziehungen USA - Kuba geht es allerdings prosaischer her und zu. Die laufenden Geschäfte werden mit einer gewissen Dosis an Pragmatismus erledigt und die Aussenministerien beider Seiten versuchen die anfallenden Probleme so gut es geht zu entschärfen und zu erledigen, bevor sie auf die emotionale Ebene hinaufgespielt werden. Eine dünne und immer fragile Basis zu einem Modus vivendi ist also vorhanden.

Man kann sich mit Recht fragen, wie lange Fidel Castros persönliche USA-Politik dauern wird; ob er selbst nicht an einem geeigneten Zeitpunkt eine amerikanische Initiative, die ihn das Gesicht wahren lässt, ergreifen wird, sofern ihm nicht von befreundeter Seite eine konziliantere Haltung "angeraten wird". Es ist ja nicht unbedingt so, dass die Sowjetunion eine Verschärfung des Gegensatzes Kuba - USA gerne sähe, da ihr dies unter Umständen nur Schwierigkeiten im eigenen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und neue Verpflichtungen eintragen könnte und zwar mehr als die Stellung Kubas auf dem Schachbrett sowjetischer Aussenpolitik dies wert wäre. Kuba ist weder Mitglied des Warschau-Paktes, noch des Comecon; allerdings ist es durch die Embargo-Politik Amerikas und Lateinamerikas in grosse Abhängigkeit von der Sowjetunion und ihrer Verbündeten geraten. So weilt gegenwärtig der sowjetische Planungschef Nikolai K. Baibakov in Havanna, vermutlich um den Sanierungsprozess der

kubanischen Wirtschaft persönlich zu analysieren und zu steuern.

Die amerikanische Kuba-Politik ist im nachhinein insofern ein Erfolg, als sie der Sowjetunion eine ganz erhebliche wirtschaftlich Bürde anlastet!

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass am 24. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion die unverbrüchliche Freundschaft mit Kuba im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees wohl eine Routine-Erwähnung aber kaum mehr erhielt, während Aussenminister Gromyko an anderer Stelle erklärte, dass die Sowjetunion sich nicht von "ultrarevolutionären Phrasen" beirren lassen dürfe.

5. Der chilenische Gastredner zur Feier von Playa Girón rief einen Satz José Martis, des Helden des kubanisch-spanischen Befreiungskrieges, in Erinnerung: "Ein Fehler gegenüber Kuba ist ein Fehler gegenüber Amerika". Gewiss ein schillernder Ausspruch, aber insofern aktuell, als er das gemeinsame Kräftefeld aufzeigt, in welchem Kuba, die USA und Lateinamerika aufeinander einwirken.

Es verdient, festgehalten zu werden, dass Fidel Castro keine ausserkontinentale Allianz beansprucht, sondern seine Politik in Lateinamerika verankern will. Obwohl seine Rede vom 19. April unversöhnlich wirkt, ändert sie kaum etwas am seinerzeitigen Urteil liberaler Kreise der USA, die Kuba als Aergernis bezeichneten, aber nicht als eine ernsthafte Gefahr für die Vereinigten Staaten.

Kuba hat das zusätzliche Pech, nur 90 Meilen von der Küste Floridas entfernt zu sein. Dies hat dazu beigetragen, das Verhältnis zu dieser Insel der Kariben besonders sensibel zu machen.

In einem Leitartikel der Minneapolis Tribune vom 1. März heisst es gleichsam als Rückschau und Ausblick:

"...Ist es richtig anzunehmen, dass nun eine neue Welle des "Fidelismus" am Horizont der Hemisphäre aufsteigt?

Unsere Antwort ist, dass wir es nicht glauben, besonders, wenn die Vereinigten Staaten sich dazu entschliessen sollten, ihre Rolle als führender Kalter Krieger unter den amerikanischen Staaten aufzugeben. Ein Ausgangspunkt für eine solche Umstellung wäre der Verzicht auf die Politik, Kuba zu isolieren.

...Das heisst nicht, dass die kubanische Regierung sofort auf die Chance der Freundschaft mit den USA reagieren würde. Ganz abgesehen von politischen Differenzen bleibt die Schweinebucht den Kubanern als Symbol amerikanischer Perfidie im Gedächtnis. Es ist natürlich klar, dass deshalb die Initiative von den Vereinigten Staaten ausgehen müsste. Ebenso klar ist es, dass dies bei vielen in diesem Land auf Widerstand stossen würde.

...Das war eine Feststellung, die die Vereinigten Staaten dazu veranlassen sollte, sich weniger um die Ideologie der Castros, Guevaras und Debrays der sechziger Jahre Gedanken zu machen und sich mehr um Koexistenz mit Regierungen aller politischen Färbungen zu kümmern. Eine europäische Analogie drängt sich auf: wenn Bonn eine Ostpolitik mit Moskau wagt, so kann Washington sicher eine neue Politik gegenüber Havanna riskieren".

Allerdings dürfte diese kühle Interpretation nicht leicht fallen, nachdem Kuba durch die Raketenkrise und die Einführung eines kommunistischen Systems zu einem Symbol im Rahmen der Abwehr des Kommunismus wurde (und damit unwillkürlich an die amerikanische Chinapolitik erinnert), mit dem Ergebnis, dass ein Kapitel amerikanischer Innenpolitik Kuba vorläufig in die Hände der sowjetischen Aussenpolitik getrieben hat.

Der Schweizerische Botschafter:

J. Marnatz

Beilage:

1 "Granma" vom 20. April 1971
mit der Rede Fidel Castros